

-Es gilt das gesprochene Wort-

Liebe Genossinnen und Genossen,
sehr geehrte Gäste des Parteitages,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien,

gestern hat der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Koalition den Haushalt für das kommende Jahr beschlossen. Mit 48,4 Milliarden Euro wird es die zweithöchste Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik geben. Nun könnte man denken, dass man sich um den sozialen Frieden in Deutschland keine Sorgen machen müsste, wenn so viel Geld ausgegeben wird. Aber die Realität sieht natürlich anders aus. Mit diesem Haushalt wird ein weiteres Mal den Ärmsten der Armen in die Tasche gegriffen, während den Reichen und großen Konzernen Geschenke gemacht werden. Das wird sich auch auf Mecklenburg-Vorpommern auswirken. Kaum ein anderes Bundesland wird von den Nachteilen dieses Kürzungshaushaltes so stark betroffen sein, wie unseres.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat ausgerechnet, dass die Belastung pro Kopf in Westdeutschland bei 37 Euro liegen wird. In den neuen Ländern sind es durchschnittlich 76 Euro pro Person. Mit dieser Politik setzt die Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel die Ungleichheit zwischen West und Ost ein weiteres Mal fort und sie muss sich vorwerfen lassen, nichts für die Einheit des Landes zu tun, sondern zu spalten.

Diese Zahlen spiegeln aber noch nicht das gesamte Problem wider. Denn man muss dazu noch in Rechnung stellen, dass die verfügbaren Einkommen in Mecklenburg-Vorpommern deutlich niedriger sind, als in Westdeutschland. Das bedeutet also, dass diejenigen, die ohnehin schon jeden Monat schauen, wie sie ihre täglichen Ausgaben bewältigen können, nun noch weniger Geld in der Tasche haben. Und da spricht diese Regierung auch noch von einem sozial ausgewogenen Haushalt. Das ist ein Hohn und auch die Kanzlerin hat damit mal wieder bewiesen, dass sie entweder keine Ahnung von dem hat, was hier los ist oder dass es sie nicht interessiert.

Eine scheinbar unauffällige und nebensächliche Änderung in diesem Bundeshaushalt hat mit den so genannten Extremismusprogrammen der Bundesregierung zu tun. Zuständig dafür ist die Familienministerin Kristina Schröder. Völlig zu Recht steht die zur Zeit vor allem wegen der Kürzung beim Elterngeld, vor allem für sozial Benachteiligte und ihrer absurden Theorien zum Feminismus und ihrem Frauenbild in der Kritik. Aber im Windschatten von all dem hat sie einen totalen Kurswechsel im Bereich der Bekämpfung des Rechtsextremismus durchgesetzt. Bisher gab es im Bundeshaushalt einen Titel, der sich der Bekämpfung des Rechtsextremismus widmete und seit diesem Jahr auch einen für Projekte gegen Islamismus und vermeintlichen Linksextremismus. Das ist seit gestern anders. Vermeintlicher Linksextremismus, Islamismus und Rechtsextremismus hat die Ministerin nun buchstäblich in einen Topf geworfen und damit alles gleichgesetzt. Gerade aus dem konservativen Lager hört man immer wieder, dass der Haushalt in Zahlen gegossene Politik sei. Wenn dem so ist, dann betreibt die Bundesregierung eine skandalöse Verharmlosung des Rechtsextremismus unter Leugnung aller Fakten. Seit 1990 sind in der Bundesrepublik mindestens 143 Menschen durch Gewalt von Neonazis ermordet worden. Es gibt kein einziges Opfer vermeintlicher Linksextremisten. Das sind die Fakten.

Natürlich ist es völlig unsinnig anzunehmen, dass man durch das Abfackeln von Luxusautos oder das Einwerfen von Scheiben in Bankfilialen etwas sinnvolles erreichen könnte. Außerdem ist auch Gewalt gegen Sachen Gewalt und die lehnen wir als Mittel der Politik bekanntlich ab. Aber es ist doch ein wesentlicher Unterschied, ob jemand ein Auto abfackelt oder ob eine Horde Faschisten Andersdenkende, Nichtdeutsche, Homosexuelle oder Angehörige bestimmter Religionen jagen und mindestens krankenhaushausreif prügeln. Das nicht wahr zu nehmen, ist inakzeptabel.

Projekte, die sich gegen den Rechtsextremismus engagieren, müssen ab sofort eine so genannte Verfassungstreueerklärung unterschreiben. Nun hat bestimmt keiner etwas dagegen, dass jemand, der Geld aus dem Bundeshaushalt bekommt, auf dem Boden des Grundgesetzes agieren soll. Aber da geht es um mehr. Die Leute sollen nämlich noch garantieren, dass sie alle Verfassungsschutzberichte lesen und auf keinen Fall mit Organisationen zusammenarbeiten, die vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestuft werden. Das bedeutet dann, dass wir als Partei schon mal als Projektpartner ausscheiden. Nach Definition der Bundesregierung ist nämlich linksextrem, wer diese Gesellschaftsform durch eine kommunistische oder sozialistische ersetzen möchte.

Liebe Genossinnen und Genossen, die SPD hat in ihrem Programm das erklärte Ziel einen demokratischen Sozialismus zu schaffen. Aber linksextrem sind die nun wirklich nicht.

Dieses Vorgehen von Familienministerin Schröder und der Bundesregierung stellt alle unter Generalverdacht, die sich gegen Nazis zur Wehr setzen und das kann man einfach nicht hinnehmen!

Umso mehr hat es mich gefreut, als ich von unserem Bürgermeister in Lalendorf gehört habe. Reinhard Knack soll einer zugereisten, offenkundig rechtsextremen Familie eine Patenschaftsurkunde des Bundespräsidenten überreichen. Die hat ihr 7. Kind bekommen und da gibt es üblicherweise eine Patenschaft des Präsidenten. Und es ist auch üblich, dass diese Ehrung durch den Bürgermeister der Gemeinde übergeben wird. Reinhard sagt aber, dass er diese Leute nicht hofieren will. Ich finde das großartig und kann ihn nur bestärken bei dieser Haltung zu bleiben. Wir brauchen noch viel mehr Leute, die sich nicht einfach ergeben, sondern deutlich machen, dass bei Faschismus auch die Staatsraison ein Ende hat. Gerade mit Blick auf die Landtags- und Kreistagswahlen im kommenden Jahr ist das wichtig. Schließlich haben wir das

gemeinsame Ziel die Nazis wieder aus den Parlamenten herauszuhalten. Es ist unerträglich, wie diese Feinde der Demokratie die Demokratie ausnutzen und alles mit dem Ziel die Demokratie abzuschaffen.

Der Bundeshaushalt und das damit verbundene unsoziale Kürzungspaket waren natürlich auch die ganz großen Themen bei den vielen Aktionen, die wir in den vergangenen Wochen im ganzen Land durchgeführt haben. Es ist wirklich beeindruckend gewesen, wie viele verschiedene und kreative Sachen da gelaufen sind. Von der Rückgabe des Kürzungspakets, bis zur Abgabe des letzten Hemdes, der Demonstration, sogar in Berlin, und dem guten alten Infostand war alles dabei. Und das im kalten und verregneten November. Ich möchte ausdrücklich allen danken, die mitgeholfen haben zu organisieren, die sich in den Bündnissen eingebracht haben und natürlich auch denen, die dann dabei gewesen sind. Vielen Dank!

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir protestieren gegen diese Politik und schlagen Alternativen vor, weil wir uns Gedanken um eine bessere Zukunft für unser Land machen. Mecklenburg-Vorpommern muss nicht nur anders, es muss besser regiert werden. Dafür legen wir Konzepte auf den Tisch, dafür diskutieren wir heute auch unser Leitbild MV 2020+.

Der wichtigste Baustein für eine gute Entwicklung ist natürlich gute Bildung, mit gleichen Chancen für alle. Das Bildungssystem heute sieht aber komplett anders aus.

Nicht Ausreichend! – So lautet die Note, die internationale Studien dem Bildungssystem in Deutschland und damit auch dem hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern geben. Nicht ausreichend, weil soziale Ungleichheiten weder abgeschwächt, noch vergleichbare Lebenschancen für alle Kinder ermöglicht werden. Wer nach Bildungsgerechtigkeit sucht, findet einen stabilen Kreislauf sich wiederholender Ungerechtigkeiten: Je ungebildeter die Eltern, desto ungebildeter ist das Kind, desto geringer sind die Chancen auf einen lebenswerten Status. Das heißt, der Bildungserfolg eines Kindes ist zu stark abhängig von der sozialen Herkunft. Und diese Abhängigkeit von Bildung und Lebenschancen, die drängende Frage nach der sozialen Gerechtigkeit im Bildungssystem – Das ist unser Thema.

Die PISA-Untersuchung 2006 hat untermauert, dass Bildung eine soziale Frage ist. Für Mecklenburg-Vorpommern hatte die Studie eine gute Nachricht: Der Zusammenhang zwischen dem sozialen Hintergrund des Elternhauses und den naturwissenschaftlichen Kompetenzen der Schüler war weniger ausgeprägt als erwartet. Die Bildungsleistungen von Eltern und Kindern waren sogar weitgehend entkoppelt – die Gefahr der Weitergabe von Bildungsarmut war also in fast allen anderen Bundesländern größer. Das ist ein Erfolg.

Auch bei den Lesefertigkeiten war der Einfluss des sozialen Hintergrunds geringer als im Bundesländerdurchschnitt – hier wurde ein Platz im vorderen Mittelfeld erreicht. Doch das sind keineswegs Lorbeeren, auf denen wir uns ausruhen können! Denn selbst wenn es in der Schule nicht so schlimm ist, wie man hätte befürchten können, gibt es massive Probleme. Das zeigt sich spätestens in der Ausbildung. Allein 2008 wurden über 4.500 Ausbildungsverträge vorzeitig aufgelöst. Damit wurde jede dritte Ausbildung hier im LnAd abgebrochen. Das ist ein trauriger Rekord und das muss sich ändern!

Wer nicht anständig gelernt hat, nicht lernen konnte oder durfte, ist besonders von Erwerbslosigkeit betroffen. Für weniger gebildete Menschen lag 2007, europaweit, die Erwerbslosenquote nur in der Slowakei und der Tschechischen Republik noch höher als bei uns. Das beweist abermals, dass schulische und berufliche Bildung eine wichtige Voraussetzung für die persönliche Entwicklung sind. Wer gut lernen konnte, kann gut ausgebildet werden und hat bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Was kann ich? Wozu brauche ich das? Wie vertiefe ich meine Fähigkeiten und wer hilft mir dabei?

Das diese Fragen häufig unbeantwortet bleiben, belegt auch das bittere Ergebnis des Bildungsmonitors 2010: Dort steht Mecklenburg-Vorpommern auf dem vorletzten Platz. Die größten Schwächen im Nordosten? Eine bundesweit niedrigste Studienberechtigungsquote und die höchste Abbruchquote bei Ausbildungsverträgen -deutschlandweit. Ein kleiner Trost, aber immerhin: Zu den Stärken unseres Bundeslandes gehört auch die Integration von Schülerinnen und Schülern aus so genannten bildungsfernen Schichten.

Bleibt natürlich die Frage, welchen Auftrag gibt uns dieses Wissen? Was muss anders und wie muss es besser werden? Das Lernen und Lehren beginnt natürlich im Elternhaus, es beginnt mit unserer Sprache, sie ist der Schlüssel zu Bildung. Sie wird im Elternhaus vermittelt und ist Basis allen Verstehens. Auch hier wird Bildung und Bildungschance direkt von den Eltern zum Kind übermittelt. Aber diesmal nicht durch finanzielle Mittel, sondern durch langfristig vermitteltes Wissen, das über die Zukunft mitentscheidet. Und weil das so ist, sollte der Umgang mit Sprache frühstmöglich begleitet werden. In Krippen und Kita's wird diese Förderung bereits umgesetzt. Zukünftig sollte sie noch verstärkt werden, damit Sprache als Vehikel guter Bildung funktioniert. Und zwar nicht erst dann, wenn die Kinder im Kindergarten auf die Einschulung vorbereitet werden. Ganz wichtig dafür ist natürlich, dass alle Kinder zur Kita gehen und dort in den Genuss frühkindlicher Bildung kommen können.

Dennoch, wir wissen: Symptome zu bekämpfen, gerechte Bildungspolitik zu gestalten, das löst soziale Probleme nicht. Der Strukturwandel in der Gesellschaft fordert seine Konsequenzen: staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen sind so zu strukturieren, dass sie wirksam zu Beschäftigung, sozialer Integration und Lebensqualität beitragen. Nur so schaffen wir das Fundament, ein gerechtes Bildungssystem auch umsetzen zu können. Nur mit Arbeit und gerechten Löhnen geben wir unseren Kindern ein Zuhause, in dem das eigene Lernen von Motivation und von der Unterstützung der Eltern geprägt ist. Die frustgeladene Null-Bock-Mentalität der Jugendlichen ist doch nicht vom Himmel gefallen, sie hat sich eingeschlichen. Zu Hause, in der Familie, bei den Freunden. Auch da müssen Perspektiven geschaffen werden.

Die Bildungschancen eines Kindes in der Schule werden entscheidend davon geprägt, wie gebildet die Eltern sind. Ob die Familie reich oder arm ist, spielt dagegen nur eine Nebenrolle. Der Geldbeutel der Eltern entscheidet nicht so stark darüber, welche Chancen ein Kind in der Schule hat. Soweit zur guten Nachricht. Die schlechte: Auch durch erhöhte Transferleistungen an Familien, etwa durch ein aufgestocktes Kindergeld, lassen sich die Chancen von Kindern ungebildeter Eltern nur wenig verbessern.

Für die Schulkarriere eines Kindes ist demnach weniger das Familieneinkommen entscheidend als vielmehr die formale Bildung des familiären Umfeldes.

Haben die Eltern eine hohe Bildung, besuchen ihre Kinder auch dann eher das Gymnasium, wenn das Haushaltseinkommen niedrig ist. Fällt die formale Bildung der Eltern niedrig aus, landen auch die Kinder oft auf der Hauptschule. Die soziale Herkunft eines Kindes beeinflusst auch die Schulempfehlung der Lehrer für die weiterführende Schule: Kinder aus sozial schwächeren Familien werden dabei systematisch benachteiligt. Ein Vergleich der Bundesländer beweist, dass Grundschüler abhängig von der sozialen Schicht sortiert werden. Das Kind eines Chefarztes oder Managers hat eine im Durchschnitt drei Mal so hohe Chance aufs Gymnasium empfohlen zu werden, wie ein Arbeiterkind - bei gleicher schulischer Leistung!

Da zeigt sich die Ungerechtigkeit in ihrer hässlichsten Form, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir sehen also, nur das Familieneinkommen zu erhöhen, reicht nicht. Auch Chipkarten oder dergleichen sind keine Lösung. Richtig ist ein bildungsorientiertes Betreuungssystem. Ganztägig, ganzheitlich, beginnend im Kleinkindalter. Und gerade weil Bildung in Deutschland zu den wichtigsten öffentlichen Aufgaben gehört, ist die finanzielle Ausstattung das erste Problem. Laut einer Studie der OECD fehlt Geld, denn die deutschen Bildungsausgaben sind noch immer viel zu gering: Mit nur 4,7 Prozent des BIP und rückläufiger Ausgabentendenz, liegt Deutschland bei den Bildungsinvestitionen auf einem der letzten Plätze im internationalen Vergleich. Und während uns Skandinavien voraus läuft, in Dänemark über 70 Prozent aller Kinder unter drei Jahren außerhalb der Familie betreut werden, hinkt Deutschland hinterher, beweint die Schuldenbremse und beruft sich auf Haushaltskonsolidierung, statt dringend notwendige bildungspolitische Reformen umzusetzen. Und dabei sind sie möglich. Warum nutzen wir nicht die Chancen des demografischen Wandels? Die gezielte Förderung von Kindern und Jugendlichen ist dann möglich, wenn in den kommenden Jahren frei werdende Mittel ins Bildungssystem reinvestiert werden. Diese Mittel sind das Ergebnis sinkender Schülerzahlen. Im Jahr 2020 beträgt dieses Umschichtungspotenzial in Mecklenburg-Vorpommern im Bereich der allgemeinbildenden Schulen knapp 23 Millionen Euro. Bundesweit sind es sogar 8,8 Milliarden Euro. Diese Möglichkeiten sollten genutzt werden, liebe Genossinnen und Genossen.

Auch so können wir die Rahmenbedingungen schaffen, die für alle Kinder gleiche Chancen bedeuteten. Denn Bildung, liebe Genossinnen und Genossen, ist eine soziale Frage. Der Bildungsstand der Eltern beeinflusst die Bildung der Kinder. Und was zu Hause nicht vermittelt werden kann, muss von Kindesbeinen an durch Betreuungs- und Bildungseinrichtungen aufgefangen werden. Damit die Lebenschancen nicht vom Bildungsstand der Familie abhängig bleiben, damit sich unsere Kinder nicht mit einem NICHT AUSREICHEND abfinden müssen. Ein SEHR GUT ist unser Ziel und ist eine Voraussetzung dafür, dass unser Land sich besser entwickelt. Lasst uns auch über dieses Thema miteinander sprechen. Das Forum zur Bildung heute Nachmittag bietet sicher auch dafür Platz.

Nun gibt es natürlich noch ein weiteres Thema, das uns auf diesem Parteitag beschäftigt. Es steht nicht auf der Tagesordnung, es war nicht geplant. Aber es ist klar, dass wir darüber sprechen müssen: Der Umgang mit unserer eigenen Geschichte, der Umgang mit dem Ministerium für Staatssicherheit.

Nein. Es gibt kein Klima der Offenheit, wenn es um die Vergangenheit geht. Nicht in der Gesellschaft und auch nicht bei uns in der Partei. Woran liegt das? Sicher ist der Umgang, wie er in der Öffentlichkeit bisher in den meisten Fällen gepflegt wurde, nicht dazu dienlich, sich sachlich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Wenn es immer mitschwingt, dass man ein schlechter Mensch sei, weil man für das MfS gearbeitet hat, fällt es auch schwer offen zu sein. Wer lässt sich diesen Vorwurf denn schon gern machen? Es ist auch nicht wahr, dass man ein schlechter Mensch ist, weil man diese Verpflichtung eingegangen ist.

Deswegen bedeutet eine frühere Zusammenarbeit mit dem MfS bei uns eben auch nicht automatisch das Verbot sich politisch zu engagieren. Deshalb haben wir 1991 auf einem Bundesparteitag folgendes beschlossen:

8. GenossInnen, die sich um Wahlfunktionen bewerben und somit in einer Funktion die Partei in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit repräsentieren, haben gegenüber den Delegierten- bzw. Mitgliederversammlungen, in denen sie sich zur Wahl stellen, eine eventuelle offizielle oder inoffizielle Mitarbeit beim MfS als Grundlage für eine Einzelfallprüfung offenzulegen.

9. Sollen sich GenossInnen in dieser Hinsicht als unehrlich gegenüber der Partei erweisen, so entbinden die jeweiligen Vorstände bzw. Gremien sie von ihrer Funktion und legen diesen Tatbestand gegenüber den sie wählenden Delegiertenkonferenzen oder Mitgliedervollversammlungen offen, so dass diese über eine eventuelle Abwahl des entsprechenden Genossen entscheiden können.

Damit ist dann auch klar, dass eine Vertrauensfrage oder so etwas nicht vorgesehen ist. Sie ist auch in der Satzung unserer Partei nicht vorgesehen. Wir haben uns gegenseitig dazu verpflichtet VOR der Wahl offen und ehrlich über unsere Vergangenheit zu sprechen. Anderenfalls gibt es klare Sanktionen. Das finde ich auch völlig in Ordnung, denn die Delegierten einer Wahlversammlung haben das Recht auf die Wahrheit, schließlich sollen sie den Gewählten dann auch vertrauen.

Ich weiß, dass wir es uns in den letzten Jahren abgewöhnt haben auf Parteitag nach der Vergangenheit zu fragen. Es war viel wichtiger, in welcher Strömung der Kandidat oder die Kandidatin ist. Da haben wir alle zusammen nicht aufgepasst. Da haben wir alle zusammen nicht mehr ausreichend darauf geachtet, was wir uns selbst versprochen haben. Das ist wahr. Es erklärt, aber es entschuldigt nichts.

Wer für ein Amt oder ein Mandat kandidiert, muss von sich aus vor der Wahl sagen, wenn es eine Zusammenarbeit mit dem MfS gab. Das ist die Voraussetzung und das sollten wir künftig wieder etwas ernster nehmen, als das in den letzten Jahren der Fall gewesen zu sein scheint.

Nein. Es geht nicht darum sich nun von allen zu trennen, die Inoffizielle oder Hauptamtliche gewesen sind. Aber wir haben eine Verantwortung damit transparent umzugehen. Das ist die Voraussetzung für Vertrauen bei den Menschen, die uns wählen sollen. Und wenn wir selbst immer wieder sagen, dass es ungerechtfertigt ist, pauschal zu verurteilen, dann gibt es auch keinen Grund etwas zu verheimlichen!

In den letzten zwei Wochen habe ich ganz viele Gespräch zu dem Thema geführt. Hier und da hieß es dann, es hätte doch klar sein müssen, dass man in dieser oder jener Position mit dem MfS zu tun gehabt hätte. Das mag sein. Aber wem muss das klar sein?

Wir haben inzwischen eine erhebliche Zahl von jüngeren Mitgliedern, die auch Verantwortung übernehmen. Die haben die DDR nicht so erlebt, dass es ihnen klar sein könnte. Also lasst uns doch darüber reden! Sprechen wir doch darüber, wie stark das Ministerium für Staatssicherheit in allen Bereichen der Gesellschaft vertreten gewesen ist. Sprechen wir doch darüber, dass es ein Geheimdienst war, der seine Weisungen direkt von der Partei bekommen hat, nicht von Regierungen oder Parlamenten. Sprechen wir darüber, dass eine parlamentarische Kontrolle dieses Geheimdienstes gar nicht vorgesehen war. Das alles liebe Genossinnen und Genossen sind Dinge, die mit den Ansprüchen, die wir an eine demokratische und freiheitliche Rechtsordnung stellen so gar nichts zu tun haben. Das zu akzeptieren kann man erwarten. Das muss mit einer Partei, die sich heute völlig zu Recht dagegen einsetzt, dass die Freiheitsrechte von Sicherheitsfanatikern immer weiter beschnitten werden sollen, zu machen sein. Welche Glaubwürdigkeit hat denn unser Handeln heute sonst?

Schützengrabenmentalitäten helfen uns in der Debatte nicht weiter. Wir brauchen Offenheit und Vertrauen. Wenn jemand einem Parteitag nicht so weit vertraut, dass er mit einer Biografie differenziert umgehen kann, der sollte sich von diesem Parteitag auch nicht wählen lassen. Diese Offenheit ist Voraussetzung für ein konstruktives Miteinander.

Es geht nicht darum die DDR schlecht zu machen. Es geht nicht darum Biografien zu diskreditieren. Wir haben uns aber versprochen aus der Vergangenheit Lehren für die Zukunft zu ziehen. Das geht nur, wenn wir über die Vergangenheit sprechen.

Lasst uns das bitte in einer sachlichen, nicht so sehr in einer emotionalen Atmosphäre tun. Lasst uns dabei von persönlichen Anschuldigungen Abstand nehmen. Das hilft uns nämlich nicht weiter und Vertrauen schafft es auch nicht.

-Ende-